

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.10.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesend sind:

| | | |
|--------------------------|-----------------------|---------------------|
| Herr Bernhard Bönisch | CDU | 17:40 bis 18:50 Uhr |
| Herr Werner Misch | CDU | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Frau Isa Weiß | CDU | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Dr. Bodo Meerheim | DIE LINKE. | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Frau Elisabeth Nagel | DIE LINKE. | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Rudenz Schramm | DIE LINKE. | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Dr. Andreas Schmidt | SPD | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Michael Zeidler | SPD | 17:00 bis 19:25 Uhr |
| Herr Dr. Wilfried Fuchs | FDP | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Mathias Weiland | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Herr Tom Wolter | MitBürger | 16:30 bis 19:25 Uhr |
| Frau Sabine Wolff | NEUES FORUM | 16:30 bis 19:25 Uhr |

Entschuldigt fehlen:

Herr Gottfried Koehn SPD

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Planungsausschuss bat, den

Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU,
zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/0683

als Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufzunehmen. (Die Unterlagen wurden am 13. bzw. 16. 10.2008 übergeben.)

Herr Misch sprach sich gegen den Antrag aus. Herr Wolter schloss sich an. Beide führten aus, dass eine fristgemäße Aufnahme in die Tagesordnung und Vorlage möglich gewesen wäre.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass es sich im Planungsausschuss um einen Kompromiss gehandelt habe, es sich aus seiner Sicht um einen formalen Akt handele und bat um Berücksichtigung.

Abstimmung zur Bitte des Planungsausschusses:

0 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig abgelehnt

Herr Misch widersprach der Behandlung der Vorlage unter TOP 13 - Grundsatzentscheidungen zum Fußballstadion und zur Ballsporthalle, da im Planungsausschuss kein abschließendes Votum ergangen sei.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass in der Geschäftsordnung keine zwingende Regelung der Hierarchie der Ausschüsse enthalten sei. Er bat um Befassung mit der Vorlage und avisierte im nicht öffentlichen Teil Informationen über die Finanzierung durch die Veräußerung von Grundstücken. Die Terminplanung sei eng. Die Verwaltung wurde aufgefordert, dem Land den Standort zu melden.

Herr Weiland widersprach der Behandlung des TOP, da die Vorlage nicht in der durch die Geschäftsordnung vorgegebenen Frist zugegangen sei.

Herr Dr. Pohlack erinnerte daran, dass abgesprochen gewesen sei, die Vorlage auszufahren, da bis zur letzten Minute verhandelt worden sei.

Herr Misch führte aus, dass er dieser verkürzten Frist im Vorfeld schon nicht zugestimmt habe.

Es erfolgte keine gesonderte Abstimmung, es wurde durch zwei Vertreter des Ausschusses der Behandlung widersprochen. Es erfolgte keine Widerrede zur Verfahrensweise. Damit wurde die Vorlage von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 16. 09. 2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07475
 - 5.2. Nachtragswirtschaftsplan 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07361
 - 5.3. Jahresabschluss 2007 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: IV/2008/07425
 - 5.4. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2008/07426
 - 5.5. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07496
 - 5.6. Wirtschaftsplan 2009 für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07446
 - 5.7. Jahresabschluss des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2007
Vorlage: IV/2008/07445
 - 5.8. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07511
 - 5.9. Finanzierung Zoologischer Garten Halle GmbH 2008 ff.
Vorlage: IV/2008/07509
 - 5.10. Entnahme aus dem Eigenkapital der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2008/07506
 - 5.11. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten für unbebaute Grundstücke im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07512
 - 5.12. Antrag auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in den Bereichen Unterhaltsvorschuss, Hilfe zur Erziehung und Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2008/07513
6. Prüfrechte und -pflichten
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 16. 09. 2008

Herr Schramm führte aus, dass er bezüglich der Aufschlüsselung des Ausgabenaufwuchses der Theater und Orchester (TOP 10) eine noch detailliertere Aufstellung wünsche. Frau Beßler bat ihn, seine konkreten Wünsche zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen
Nein-Stimmen
Enthaltungen

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 16.09.2008 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.09.2008 wurden abschließend folgende Beschlüsse gefasst:

zu 3.1 Verkauf eines kommunalen Grundstücks und eines in der Verfügungsbefugnis der Kommune stehenden Grundstücks gemäß § 8 Vermögenszuordnungsgesetz
Vorlage: IV/2008/07432

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstücks Calvinstraße 3 zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.2 Gewährung eines Darlehens an die Flugplatzgesellschaft Halle/ Oppin mbH
Vorlage: IV/2008/07429

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, der Flugplatzgesellschaft Halle/ Oppin mbH

1. ein Darlehen in Höhe von 60.000,00 EUR zu gewähren.
2. das ausgereichte Darlehen in Höhe des bei der Saalesparkasse jeweils gültigen städtischen Kassenkreditzinssatzes zu verzinsen.
3. Das Darlehen zuzüglich anfallender Zinsen ist bis zum 31. Dezember 2012 in voller Höhe zurückzuzahlen.

zu 3.3 Niederschlagungen von Steuerforderungen
Vorlage: IV/2008/07431

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2:

1. die unbefristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 57.821,50 Euro;
2. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 51.386,56 Euro bis 24.10.2010;
3. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 142.565,37 Euro bis 27.03.2009;
4. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 73.443,62 Euro bis 15.05.2010;
5. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 70.981,38 Euro bis 04.09.2010;
6. die unbefristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 52.317,15 Euro;
7. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 51.386,56 Euro bis 01.10.2010;
8. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung in eine unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 1.867.085,01 Euro.

(17:00 Uhr - Herr Zeidler kam in die Sitzung.)

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07475

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der ARGE SGB II Halle GmbH vom 04.09.2008:

1. Der von der Geschäftsführung der ARGE SGB II Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 07.05.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|---------------|
| Der Jahresüberschuss beträgt | 0,00 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 813.086,05 €. |

2. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**zu 5.2 Nachtragswirtschaftsplan 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07361**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Fuchs, Frau Wolff, Herr Geier und Herr Kreisel.

Herr Kreisel erläuterte auf Nachfrage, dass trotz des Anstieges der Betreuungszahlen die Einnahmen geringer werden, weil mehr Ermäßigungen in Anspruch genommen werden. Er verwies auf die Anlage 2 der Vorlage. Die Personalkosten seien nur in einem sehr geringen Umfang beeinflussbar, da der Betreuungsschlüssel Kinder pro Erzieherin gesetzlich vorgeschrieben sei. Im Moment beinhalten die Personalkosten 80 % und die Sachkosten 20 % (4 Mio. €) des Jahresetats des Eigenbetriebes. Aus diesem Grund sei die Deckung der Personalkostenaufwüchse durch die Tarifsteigerungen nicht mehr aufzufangen. Die Kosten pro Betreuungsstunde seien seit 2006 unverändert.

Herr Geier führte aus, dass das Regulativ der Stadt gegenüber den Eigenbetrieben der Zuschuss sei. Die Personalausstattung im EB Kita sei eine besondere, da die gesetzlichen Vorschriften zu beachten seien. Herr Kreisel führte aus, dass aufgrund von Altersteilzeit die Personalstruktur des EB Kita ständig in Bewegung sei. Im konkreten Fall handele es sich um 10 VbE, welche für 18 Personalabgänge neu eingestellt wurden. Zurzeit seien viele Krippenkinder angemeldet. Im Jahr 2006 wurden 4.600 Kinder betreut. Die Betreuungszahl hat sich im Jahr 2008 auf 5000 erhöht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Nachtragswirtschaftsplan 2008 Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

| | |
|-------------------------------|--------------|
| Wirtschaftsplan 2008 | 19.512.900 € |
| Nachtragswirtschaftsplan 2008 | 21.229.900 € |
| Differenz | 1.717.000 € |

zu 5.3 Jahresabschluss 2007 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: IV/2008/07425

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit als den von der Oberbürgermeisterin bevollmächtigten Vertreter der Stadt Halle in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 18.07.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.
Der Jahresüberschuss beträgt 13.624,97 €.
Die Bilanzsumme beträgt 17.723.701,54 €.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 13.624,97 € wird mit auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 5.4 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: IV/2008/07426

Auf Anfrage von Herrn Dr. Meerheim führte Herr Götte aus, dass er in kontinuierlichen Gesprächen bezüglich des Flächen- und Immobilienmanagements mit dem Dezernat V sei. Herr Neumann fügte an, dass keine weiteren externen Berater hinzugezogen werden sollen. Ziel sei die langfristige Betrachtung und Nutzung der Grundstücke. Die Vorbereitung erfolge in enger Abstimmung zwischen Herrn Dr. Pohlack, Herrn Götte und ihm. Herr Neumann avisierte eine Verwaltungsvorlage im März 2009.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt den Beigeordneten für Wirtschaft und Arbeit als den von der Oberbürgermeisterin bevollmächtigten Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

3. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 18.07.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|---------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 5.523,51 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 318.500,68 €. |

4. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.523,51 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**zu 5.5 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07496**

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erläuterte Herr Heine, dass die Formulierung der BMA auf einem Zitat des Wirtschaftsprüfers beruhe, d. h. die Planungen müssen so aufgebaut werden, dass bei evtl. Änderungen schnell reagiert werden könne.

Frau Hagen führte aus, dass die Umsatzsteuererstattung des Finanzamtes bis zum Jahr 2006 geklärt sei. Aus diesem Verfahren seien 1,1 Mio. € geflossen; ca. 350 T€ seien noch vakant. Der Abschluss des Fördervorhabens bis Jahresende stehe bevor. Bis zum 31.12.2008 müsse die Investitionsbank ihre Prüfungen abgeschlossen haben. Weiterhin konnten im Jahr 2007 viele Rechtsprozesse abgeschlossen werden.

Auf die Frage des Vortrages des Jahresfehlbetrages auf das Jahr 2008 erläuterte sie, dass der Wirtschaftsplan im Aufsichtsrat am 1.12.2008 behandelt werde.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Brennecke & Wodausch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 14.08.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 398.501,78 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 35.330.723,56 €. |

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. Oktober 2008 - öffentlicher Teil

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 113.248,30 € wird auf das Jahr 2007 vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

zu 5.6 Wirtschaftsplan 2009 für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07446

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt entsprechend § 10 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) den Wirtschaftsplan 2009.

zu 5.7 Jahresabschluss des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) für das
Wirtschaftsjahr 2007
Vorlage: IV/2008/07445

Herr Wolter fragte, warum der Gewinn nicht dem städtischen Haushalt zufließe.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, dass

1. der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2007 festgestellt wird;
2. gemäß § 18 (4) Satz 2 EigenBG LSA der Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2007 Entlastung erteilt wird;
3. der Gewinn von 151.503,22 € der Gewinnrücklage zugeführt wird.

zu 5.8 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07511

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Schmidt, Herr Neumann und Herr Jacob.

Es wurde diskutiert, an welcher Stelle die in 2007 entstandenen Kosten für das Projekt der Vorlage 5.9 im Jahresabschluss zu finden sei. Diese Frage konnte in der Ausschusssitzung

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21. Oktober 2008 - öffentlicher Teil

nicht 100 %ig geklärt werden. Aus diesem Grund erfolgte durch die Verwaltung eine Abfrage im Nachgang zur Sitzung.

Folgende Informationen werden nachträglich gegeben:

Im Jahresabschluss 2007 der Zoologischer Garten Halle GmbH wird im Anlagengitter zum 31.12.2007

unter

- A. Anlagevermögen
- II. Sachanlagen
- 3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

ein Zugang von

1.700.757,86 € gezeigt.

Diese Summe beinhaltet für die Menschenaffenanlage 111.509,32 € sowie für das Giftschlangenzentrum 63.749,08 €.

Der Ausweis erfolgt im großen Jahresabschluss auf den Seiten 28 und 46. In der Kurzform des Jahresabschlusses erfolgt keine Nummerierung. Das Anlagengitter liegt nach der Bilanz und der Gewinn und Verlustrechnung.

Es wurde durch die Mitglieder des Ausschusses festgestellt, dass das Geschäftsergebnis die Kosten im Moment gerade noch so deckt. Das Problem seien die Abschreibungen. Diese werden, wie in den vergangenen Jahren, durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Diese Verfahrensweise könne so nicht weiter verfolgt werden.

Herr Jacob bestätigte, dass in diesem und im kommenden Jahr die Abschreibungen nicht zu erwirtschaften seien. Ab 2010 wird jedoch eine Steigerung der Besucherzahlen prognostiziert und eine Senkung des Aufwandes. Herr Neumann fügte an, dass ab 2010 ein neuer Betreiber der Gastronomie im Zoo tätig sei.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Niethammer, Posewang & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft geprüfte und am 29.02.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 wird festgestellt.

| | |
|------------------------------|------------------|
| Der Jahresfehlbetrag beträgt | 473.251,49 €. |
| Die Bilanzsumme beträgt | 39.074.798,84 €. |

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 473.251,49 € wird durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.
3. Dem Geschäftsführer wird für das Jahr 2007 die Entlastung erteilt.
4. Der Beirat wird für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

**zu 5.9 Finanzierung Zoologischer Garten Halle GmbH 2008 ff.
Vorlage: IV/2008/07509**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Fuchs, Herr Dr. Schmidt, Herr Misch, Herr Weiland, Herr Neumann, Herr Geier und Herr Jacob.

Frau Wolff führte aus, dass den Fraktionen noch andere Konzepte vorliegen (Riesenklein). Sie fragte, ob Verträge schon ausgelöst seien und welche Auffassung der Insolvenzverwalter vertrete.

Herr Wolter stellte den Geschäftsordnungsantrag, dass sich Herr Dr. Meerheim nicht beteilige, da der Seniorenkreativverein in das Projekt involviert sei.

Herr Dr. Meerheim übergab die Sitzungsleitung an Frau Weiß und beteiligte sich nicht. Eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag erübrigte sich aus diesem Grund.

Herr Jacob führte aus, dass sich die Situation bezüglich des Wittekindes aufgrund der Insolvenz geändert habe. Im Januar habe es die Bitte an den Zoo gegeben, sich mit der Thematik, auch im Hinblick auf die genutzten Fördermittel, zu befassen. Weiterhin wurde ein dringend notwendiges Energiekonzept erstellt.

Herr Neumann ergänzte, dass der Riesenklein e. V. die Information habe, dass der Eigentümer der Grundstücke zurzeit nicht die Stadt Halle (Saale), sondern der Insolvenzverwalter sei. Beide Konzepte seien denkbare Varianten.

Von Mitgliedern des Ausschusses wurde erläutert, dass bei der Vorstellung des Projektes im März und Mai 2008 in den Fraktionen von Herrn Jacob ausgeführt wurde, dass keine Kosten entstehen würden. Dies sei nach jetzigem Erkenntnisstand eindeutig falsch gewesen, da bereits im Jahr 2007 Kosten entstanden seien. In welchen Gremien wurden diese beschlossen?

Herr Neumann erinnerte daran, dass dieses Projekt im Zoo-Beirat und anderen Gremien mehrfach vorgestellt wurde. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurde die Zoo-Beirats-Vorlage dahingehend geändert, dass ein erhöhter Investitionsbedarf nicht zur Beschlussfassung vorgelegt wurde.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Jacob, dass es zu dem offensichtlichen Baustopp durch die Insolvenz einer Baufirma gekommen sei. Weiterhin bestehen Probleme mit der Reilschen Villa (mündliche Zusagen durch Vertreter des Innenministeriums).

Herr Neumann sagte zu, den Fraktionen eine Folgekostenberechnung zu übergeben.

Die Mitglieder des Ausschusses äußerten sich dahingehend, dass es richtig sei, die Bausubstanz des Wittekindobjektes zu erhalten. Dieser sei in Teilen sehr schlecht, so dass Eile geboten sei. Weiterhin müssen die eingesetzten Fördermittel bewahrt werden. Das Verfahren der Verwaltung der Beauftragung der Zoo GmbH ohne Grundsatzbeschluss des Stadtrates wurde jedoch stark kritisiert.

Herr Neumann bot als Deckung Mittel aus der Wirtschaftsförderung an, Haushaltsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, die aufgrund der Haushaltssperre nicht ausgegeben wurden und noch zur Verfügung stehen. Diese werden der Zoo GmbH zusätzlich zur Verfügung gestellt und diese übernimmt im Gegenzug die Finanzierung der Ausgaben für das Projekt (Verfahrensweise aufgrund der Problematik VWH - VMH).

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, der Zoologischer Garten Halle GmbH im Wirtschaftsjahr 2008 zur Finanzierung der Projektierungskosten für das „Entwicklungskonzept Zoo Halle 2008 bis 2013“ einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 250.000 € zur Verfügung zu stellen.

Finanzielle Auswirkung:

VermHH: -
VerwHH: 250.000 €
Wirtschaftsförderung 1.7910 588000 Öffentlichkeitsarbeit und Werbung

**zu 5.10 Entnahme aus dem Eigenkapital der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2008/07506**

Herr Dr. Meerheim übernahm wieder die Sitzungsleitung.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

Aus dem Eigenkapital der Abfallwirtschaft GmbH Halle - Lochau werden

1. die „andere Gewinnrücklage“ in Höhe von 357.058,52 € sowie
2. die „Sonderrücklage gemäß §17 Abs. 4 DMBilG“ in Höhe von 1.643.292,11 €

entnommen.

zu 5.11 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten für unbebaute Grundstücke im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07512

Auf Nachfrage von Herrn Wolter bestätigte Herr Geier, dass es sich um eine Vorfinanzierung handele. Frau Herrmann fügte an, dass sich die Stadt bezüglich der Zahlungspflicht im Rechtsstreit befinde. Dieser sei noch nicht entschieden. Das in 2007 abgeschlossene Verfahren beinhaltetete einen anderen Sachverhalt.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

die überplanmäßige Ausgabe für sonstige Bewirtschaftungskosten (Niederschlagswasser) in der Haushaltsstelle 1.8810.540200 in Höhe von 268.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

| | |
|------------------------------------------------------------|--------------|
| 1.8800.150000 Wohn- und Geschäftsanwesen, Mieterstattungen | 34.900 EUR, |
| 1.8810.140200 unbebaute Grundstücke, Mietauskehr | 93.800 EUR, |
| 1.8800.509300 Wohn- und Geschäftsanwesen, Abbruchkosten | 9.300 EUR, |
| 1.8810.531400 unbebaute Grundstücke, Mietauskehr | 130.000 EUR. |

| <u>Finanzielle Auswirkungen:</u> | Haushaltsstelle: | Verwaltungshaushalt : |
|----------------------------------|------------------|-----------------------|
| | 1.8810.540200 | 268.000 EUR |
| | Deckung: | |
| | 1.8800.150000 | 34.900 EUR |
| | 1.8810.140200 | 93.800 EUR |
| | 1.8800.509300 | 9.300 EUR |
| | 1.8810.531400 | 130.000 EUR |

zu 5.12 Antrag auf Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in den Bereichen Unterhaltsvorschuss, Hilfe zur Erziehung und Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2008/07513

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Marquardt und Herr Zwakhoven.

Herr Dr. Marquardt erläuterte, dass das Ziel der Haushaltskonsolidierung bestehen bleibe. Es sei eine politische Entscheidung gewesen, an der die Verwaltung auch festhalten werde. Die Summe wurde jedoch für das Jahr 2009 ausgesetzt und sei für 2010 geplant.

Herr Zwakhoven bestätigte, dass die Beträge auf Seite 5 der Vorlage ausschließlich Zahlen aus dem Jahr 2008 seien. Die Jahre 2007 und davor seien erledigt. Die Verwendungsnachweisprüfung klammerte er jedoch aus, diese sei noch nicht abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

1. die überplanmäßige Ausgabe für Weitere soziale Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG), Haushaltsstelle 1.4811.788000 in Höhe von 872.400 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen:

| | |
|---------------------------------------------------------------|---------|
| 1.4811.161000, Leistungen nach dem UVG, Erstattungen vom Land | 581.600 |
| EUR, | |
| 1.9000.010000, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer | 290.800 |
| EUR. | |

2. die überplanmäßige Ausgabe für Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen, Haushaltsstelle 1.4550.770000 in Höhe von 1.700.000 EUR. Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen:

| | |
|-------------------------------------------------------------|-----------|
| GD1.4070.518000, Verwaltung der Jugendhilfe (siehe Anlage) | |
| 32.000 EUR, | |
| GD1.4600.501000, Jugendfreizeiteinrichtungen (siehe Anlage) | |
| 3.500 EUR | |
| 1.9000.010000, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer | 1.664.500 |
| EUR. | |

3. die überplanmäßigen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen, Haushaltsstelle 1.4640.675000 Erstattungen an Eigenbetrieb in Höhe von 516.900 EUR, Haushaltsstelle 1.4640.678000 Erstattungen an freie Träger in Höhe von 317.900 EUR, Haushaltsstelle 1.4640.715000 Zuschuss an Eigenbetrieb in Höhe von 1.183.100 EUR sowie Haushaltsstelle 1.4640.718000 Zuschüsse an freie Träger in Höhe von 782.100 EUR. Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

| | |
|---------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1.4640.178000, Kindertageseinricht., Zuschüsse v. übrigen Bereichen | 110.000 |
| EUR, | |
| 1.9000.010000, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer | 2.690.000 |
| EUR. | |

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:

VerwHH :

1.4811.788000

872.400 EUR

| | |
|-----------------|---------------|
| Deckung: | |
| 1.4811.161000 | 581.600 EUR |
| 1.9000.010000 | 290.800 EUR |
| 1.4550.770000 | 1.700.000 EUR |
| Deckung: | |
| GD1.4070.518000 | 32.000 EUR |
| GD1.4600.501000 | 3.500 EUR |
| 1.9000.010000 | 1.664.500 EUR |
| 1.4640.675000 | 516.900 EUR |
| 1.4640.678000 | 317.900 EUR |
| 1.4640.715000 | 1.183.100 EUR |
| 1.4640.718000 | 782.100 EUR |
| Deckung: | |
| 1.4640.178000 | 110.000 EUR |
| 1.9000.010000 | 2.690.000 EUR |

zu 6 Prüfrechte und -pflichten

Die Mitglieder des Ausschusses baten darum, diesen Tagesordnungspunkt vorsorglich in der nächsten Sitzung wieder mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 9 Mitteilungen

Zu den Tagesordnungspunkten 7 bis 9 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 10 mündliche Anfragen

Fuhrparkkonzept

Frau Weiß fragte nach der in der letzten Sitzung des Ausschusses zugesagten Zeitschiene zur Vorlage des Fuhrparkkonzeptes. Herr Geier bat darum, zu diesem Punkt in der kommenden Sitzung Ausführungen machen zu dürfen. Dies wurde bestätigt.

Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung

Herr Weiland fragte nach dem III. Quartalsbericht zur Haushaltskonsolidierung. Herr Geier führte aus, dass dieser für die nächste Sitzung geplant sei, da die Fertigstellung des Berichtes nach dem Versendetermin der Unterlagen für die heutige Sitzung lag.

Haushaltsplanung 2009

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass die geplante Terminkette der Beratungen des Haushaltsplanes sehr knapp bemessen sei. Eine Beschlussfassung könne ggf. in der Stadtratssitzung Januar 2009 erfolgen. Einige Mitglieder regten an, im Hauptausschuss darüber zu beraten, ob eine zweite Lesung der Fachausschüsse notwendig sei.

zu 11 Anregungen

Die Verwaltung bat um Verschiebung der Finanzausschusssitzung im Mai 2009, da der Hauptausschuss seine Sitzung am 19.05.2009, 16:00 Uhr geplant habe.

Die Mitglieder des Ausschusses sprachen sich gegen eine Verschiebung der Sitzung aus und regten an, die Sitzung des Hauptausschusses vor der Stadtratssitzung durchzuführen.

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Egbert Geier
Beigeordneter

Martina Beßler
Protokollantin